

Die Bilddarstellung ist aus urheberrechtlichen Gründen nicht möglich.



Eröffnung des Joint Operational Office: Franz Lang, Robert Crepinko, Wolfgang Sobotka, Berndt Körner, Gerald Tatzgern.

Information, Analyse, Forensik

Europol und das Bundeskriminalamt richteten in Wien ein internationales Ermittlungsbüro zur Schleppereibekämpfung ein. Es soll ein europaweit koordiniertes Vorgehen gegen Schlepper ermöglichen.

Über eine Million Migranten reisten laut Europol 2015 illegal in die Europäische Union ein; 90 Prozent davon nutzten die Dienste von Schleppern. Schleppernetzwerke sollen 2015 zwischen drei und sechs Milliarden Euro Umsatz gemacht haben – etwa so viel wie im Drogenhandel. Das Geschäft mit Migranten ist laut Europol der am schnellsten wachsende kriminelle Markt in Europa. Über 20 Schlepper-Hotspots haben die Ermittler innerhalb der EU unter Beobachtung – auch Österreich zählt dazu. Weltweit sind es etwa 230. Europol führt etwa 40.000 Verdächtige aus hundert Herkunftsländern in einer Datenbank.

„Die Antwort auf die organisierten Schlepperbanden muss europaweit koordiniert sein. Wir brauchen den internationalen Austausch und erfolgreiche operative Maßnahmen im In- und Ausland. Genau hier setzt die Arbeit des neuen Ermittlungsbüros an“, sagte Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka am 4. Mai 2016 in Wien bei der Eröffnung des neuen, von Europol unterstützten Ermittlungsbüros gegen Schlepper (*Joint Operational Office against Human Smuggling Networks – JOO*). Zur Büroeröffnung kamen der stellvertretende Frontex-Direktor Berndt Körner, der Leiter des *European Migrant Smuggling Centre (EMSC)*, Robert Crepinko, der Direktor des Bundeskriminalamts, General Franz Lang und Vertreter aus 17 Staaten, darunter aus der Türkei und aus Mazedonien.

Das *Joint Operational Office* ist im Büro 3.4 des Bundeskriminalamts angesiedelt – der Zentralstelle zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Schlepperei. Es gehört zur „Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen“ (EM-PACT). „Wir arbeiten im Ermittlungsbüro eng zusammen mit Interpol, der EU-Grenzagentur Frontex, dem Europäischen Zentrum zur Schlepperbekämpfung und dem EMSC von Europol“, sagt Oberst Gerald Tatzgern, Leiter des Büros 3.4. Bei der Arbeit geht es um länderübergreifende Zusammenarbeit von Ermittlern gegen organisierten Menschenhandel auf der Balkanroute und der Route über Italien.

Die Initiative zur Errichtung eines internationalen Ermittlungsbüros zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Schlepperei in Österreich ging vom

Bundeskriminalamt in Wien aus. „Ein Hauptfaktor war der Fall der 71 Toten in einem Kühl-Lkw im August 2015 auf der Ostautobahn A4 bei Parndorf im Burgenland“, sagt Gerald Tatzgern. „Da haben wir gesehen, wie wichtig eine schnelle, internationale polizeiliche Zusammenarbeit ist, um derartige Fälle aufzuklären.“ Aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit mit den Behörden aus Ungarn und Bulgarien gab es die erste Festnahme bereits Stunden nach der Entdeckung der Toten in dem Lkw. Drei Tage später waren sechs Tatverdächtige in Haft, ein bulgarischer Geschäftsmann und fünf Ungarn. An den Ermittlungen war Europol beteiligt. Für den Zuschlag an Österreich als Standort des Ermittlungsbüros war unter anderem Österreichs strategische Lage und seine Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den Balkanländern ausschlaggebend. Das Ermittlungsbüro wird aus Mitteln der Europäischen Union von Europol gefördert.

Vorgangsweise. „Werden in einem Land Ermittlungen gegen Schlepper aufgenommen, organisiert das operative Ermittlungsbüro in Wien die Ausforschung und Festnahme der Schlepper“, erklärt Tatzgern. In dem als „heiße Phase“ bezeichneten Ermittlungsstadium können im Ermittlungsbüro bis zu acht Ermittler aus anderen Staaten zusammenarbeiten. „Der Vorteil besteht unter anderem darin, dass wir in der Zentralstelle Kolleginnen und Kollegen haben,





Frontex-Einsatz „Poseidon Rapid Intervention“: Rettung von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer.

die zum Beispiel Rumänisch, Kroatisch, Ungarisch und Türkisch sprechen“, erläutert Tatzgern. Das erleichtere die Kommunikation untereinander. „Wenn es zu Verfolgungshandlungen kommt, können die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland daran teilnehmen – etwa bei Hausdurchsuchungen und Festnahmen“, erklärt der Büroleiter. Die Strukturen für die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit bestehen schon länger. Mit dem Prümer Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit hat man laut Tatzgern mit den Kollegen in den anderen EU-Staaten, insbesondere Deutschland, Slowenien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien eine solide rechtliche Grundlage geschaffen und entsprechende Kontakte geknüpft. „Wesentlich in der polizeilichen Kooperation sind persönliche Kontakte zu den ausländischen Kollegen“, betont Tatzgern.

EMSC. Das *European Migrant Smuggling Centre* wurde von Europol im Februar 2016 in Den Haag eröffnet. Es unterstützt Mitgliedstaaten mit Informationen, Analyse und Forensik. Das EMSC entsendet bei Bedarf mobile Ermittlungsteams in die Länder, die die

regionalen Ermittler in ihrer Arbeit unterstützen. Die Ermittlungsteams (EU Mobile Investigation Support Team – EMIST) – Experten und Analysten von Europol – erstellen für Ermittler in den Mitgliedstaaten Strategien und Prognosen und nehmen an polizeilichen Einsätzen teil. Ein Fokus der Ermittlungen liegt derzeit auf der Westbalkan-Route.

Ein Monitoringteam von Europol befasst sich permanent mit der Beobachtung der aktuellen Entwicklung: Ändern sich die Fluchtrouten, ändern sich auch die Routen der Schlepper. In Österreich arbeiten die Europol-Ermittler im Joint Operational Office mit den Ermittlern des Bundeskriminalamts zusammen. „In der Zusammenarbeit mit Europol und Interpol können wir direkt auf deren Datenbanken zugreifen“, erläutert Tatzgern. Etwa über das sichere SIENA-Netz (Secure Information Exchange Network Application) von Europol. „Österreich



Gerald Tatzgern: „Schlepper stellen sich rasch auf neue Situationen ein.“

gehört zu jenen fünf EU-Staaten, die SIENA intensiv nützen“, betont Tatzgern. Auch Frontex unterstützt das Ermittlungsbüro mit einem ständig aktualisierten Lagebild.

Rechtlich möglich macht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit die Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa (PCC SEE). Diese multilaterale Vereinbarung erlaubt den Staaten aus der Balkanregion die operative Kooperation mit Polizeien aus EU-Ländern. Mitgliedstaaten der Konvention sind Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Österreich, Rumänien, Serbien, Slowenien und Ungarn. Die PCC SEE ist die wichtigste multilaterale Rechtsgrundlage für die operative, polizeiliche Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas in den Bereichen Migration, organisierte Kriminalität sowie Terrorismus und Extremismus.

Erste Erfolge. Ermittlern des Landeskriminalamts Burgenland gelang es im April 2016 in Zusammenarbeit mit Spezialisten des Joint Operational Office, einen pakistanischen Staatsbürger we-



Lesbos: Weggelegte Schwimmwesten von Flüchtlingen, die über die Ägäis nach Griechenland kamen.



Joint Operational Office: Ermittler aus Bulgarien, Deutschland, Mazedonien, Spanien, Ungarn, von Europol und Interpol.

gen Verdachts der Schlepperei und Urkundenfälschung auszuforschen. Der 31-Jährige soll 2015 mindestens 50 syrische und afghanische Staatsangehörige illegal nach Österreich gebracht haben. Die Schleppungen nach Österreich erfolgten über Ungarn. Der Verdächtige, der in Budapest wohnte, wurde in Zusammenarbeit mit der Zielfahndung von der ungarischen Polizei festgenommen und Anfang Mai 2016 in das Landesgericht Eisenstadt überstellt. Weiters wurden drei Schlepper aus Rumänien und Ungarn auf frischer Tat gestellt, als sie mehrere Migranten von Ungarn über Österreich nach Deutschland schleppen wollten.

Im Rahmen der internationalen Operation „Hydra“ gegen die organisierte Schlepperkriminalität konnte das JOO weitere Erfolge verzeichnen: Ein per internationalem Haftbefehl gesuchter Montenegriner wurde am 11. Mai 2016 in Wien festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, Hunderte Personen bei etwa 500 Schleppungen über verschiedene Grenzen gebracht zu haben.

Einen weiteren Schlepper erwischten die Behörden wenige Tage später in Polen. Ziel der Operation „Hydra“ ist es, die Drahtzieher international tätiger Schleppernetzwerke aufzufindig zu machen und festzunehmen. Dabei arbeiten Ermittler aus 24 Ländern mit Europol zusammen, um Schlepper und deren kriminellen Organisationen zu bekämpfen.

Zentralstelle. Die Strukturen im Bundeskriminalamt zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Schlepperei wurde reorganisiert. Die beiden Sonderkommissionen für Schlepperei Süd und Nord wurden aufgelassen, die Mitarbeiter wurden der Zentralstelle

(Büro 3.4) zugeteilt, die dadurch personell verstärkt wurde. In der neuen Struktur sind vier Ermittlungsreferate vorgesehen sowie ein Referat für Informations- und Auswertungsdienste (Auswertung von Mobiltelefonen, Datenaufbereitung und Betreuung der Datenbanken). 45 Ermittler arbeiten in der Zentralstelle. Im Büro 3.4 laufen national und international alle Strategien, Maßnahmen und Projekte zusammen. Oberst Gerald Tatzgern leitet seit 2001 die Zentralstelle zur Schlepperbekämpfung. Er übersiedelte mit seinem Team aus dem BK-„Mutterhaus“ in ein Gebäude in Wien-Leopoldstadt, in dem sich auch das *Joint Operational Office* befindet.

Kriminelle Netzwerke. 12.000 Schlepper wurden 2015 von Europol identifiziert. Die meisten kamen aus Bulgarien, Ungarn, dem Irak, dem Kosovo, Pakistan, Polen, Rumänien, Serbien, Syrien, Tunesien und der Türkei. Laut Europol dürfte die Zahl an Migranten, die in die EU wollen, 2016 weiter ansteigen. Allein in Libyen würden 800.000 Menschen darauf warten, in die EU zu gelangen.

Der Ertrag für Schlepper könnte sich laut Europol 2016 gegenüber 2015 „verdoppeln oder verdreifachen“. Der durchschnittliche Preis für die Überfahrt nach Europa betrage 3.000 bis 6.000 Euro. Darin enthalten seien der Transport, die Unterkunft, gefälschte Dokumente und Bestechung von Grenzbediensteten. Angebote werden meist über soziale Netzwerke beworben. Menschen verschulden sich, um die Dienste zu bezahlen und werden vielfach zu illegaler Arbeit oder Prostitution gezwungen.

Laut Europol beschäftigten Schlepper-Netzwerke Fahrer und Dokumentenfälscher. Die wichtigsten Fälscher-

Zentren befänden sich in der Türkei und Thailand, von wo die Dokumente per Post an Kunden weltweit verschickt werden. Schleppernetzwerke würden sich an die erschwerten Bedingungen für die illegale Einreise anpassen. Europol-Experten vermuten, dass Flüchtlinge vermehrt mit gefälschten Dokumenten auf dem Luftweg in die EU gelangen wollen.

Hotspots. Die Zahl der Schlepper-Hotspots nimmt zu. Schlepperzentren gibt es in Jordanien, Algerien, Libanon, Ägypten, Marokko, Libyen und der Türkei sowie in der EU. Sie befinden sich fast immer in der Nähe von Bahnhöfen, Flughäfen oder Busstationen, um eine schnelle Weiterreise zu ermöglichen. „Schlepper sind flexibel, sie stellen sich rasch auf neue Situationen ein“, sagt Gerald Tatzgern. „Werden Grenzübergänge verstärkt kontrolliert weichen sie auf andere Routen aus.“ Bis zum Herbst 2015 war Ungarn eines der Haupttransitländer für Asylsuchende.

Mit der Errichtung von Zäunen an den Grenzen zu Serbien und Kroatien ging die Zahl drastisch zurück und die Route verlagerte sich nach Kroatien und Slowenien. Seit dort die Bedingungen für die Durchreise erschwert werden, steigt die Zahl der Flüchtlinge in Ungarn wieder. Eine stärkere Sicherung der EU-Außengrenze in der Ägäis zwischen Griechenland und der Türkei werde dazu führen, dass Flüchtlinge unter anderem auf die gefährliche zentrale Mittelmeer-Route aus Libyen und Ägypten ausweichen. Die Ermittler beschäftigt auch die Verbindung der Schlepper zu anderen kriminellen Organisationen: Drogenschmuggel, Menschenhandel und Korruption.

Siegbert Lattacher